

Haushaltsrede 20.12.2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir werden dieses Jahr den Haushalt mit verabschieden!

Und um das gleich am Anfang zu sagen: Diese Entscheidung ist uns nicht leicht gefallen.

Denn eines ist klar:

Der Haushalt 2013 ist kein Haushalt, der Luft für eine nachhaltige und zukunftsweisende Gestaltung der Stadt bietet.

Kein Haushalt, der großen Spielraum für zusätzliche soziale und ökologische Maßnahmen lässt.

Kein Haushalt, mit dem man gestalten kann, sondern den man vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage nur verwalten kann.

Wir können grüne Akzente setzen, aber wir wissen, dass viel mehr nötig wäre, um einen ökologischen Schub zu erreichen und soziale Politik umzusetzen. Das geht in diesem Jahr nicht. Die Verabschiedung ist deshalb kein Vergnügen, sondern eher eine Notwendigkeit.

Eine Notwendigkeit, um nicht wie andere Städte des Ruhrgebiets in die Haushaltssicherung zu kommen.

Und genau das war eines unserer GRÜNEN Ziele.

Mit der Verabschiedung des Haushalts noch in diesem Jahr ist die Verwaltung schneller handlungsfähig. Das liegt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, weil damit viele notwendige Projekte und Maßnahmen für Kinder und Jugendliche, im Schul- und Sozialbereich angegangen werden können.

Das liegt auch im Interesse vieler Dortmunder Unternehmen, weil damit Investitionen in Energiespar- und Klimaschutzprojekte sowie Baumaßnahmen umgesetzt werden können. Dadurch werden Aufträge und Arbeitsplätze bei kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort gesichert.

Um diese Handlungsfähigkeit zu schaffen bzw. so lange wie möglich zu erhalten, war es für uns auch unabdingbar, den finanziellen Puffer bis zur magischen Fünfprozentgrenze der allgemeinen Rücklage zu erhöhen.

Er liegt statt bei 4 Mio. Euro wie noch vor zwei Wochen jetzt bei ca. 27 Mio. Euro und damit höher als im letzten Jahr.

Ob das reicht und ob uns das bei allen Unwägbarkeiten über das ganze Jahr 2013 rettet – dafür gibt es keine Garantie.

Meine Damen und Herren: Wer das verspricht, ist nicht seriös.

Aber – und das wollen wir nicht verschweigen:

Dieser Puffer und damit die Sicherung unsere Handlungsfähigkeit sind teuer erkaufte. Dazu gleich mehr.

Die Haushaltsslage der Kommunen verschlechtert sich von Jahr zu Jahr dramatisch. Die Verlagerung von Aufgaben auf die Kommunen und die Umverteilung von Steuermitteln zulasten der Länder und damit auch der Kommunen ist immens.

Wir können uns nicht, wie weiland Münchhausen, am eigenen Schopf aus dem Dreck ziehen. Wir wollen aber auch nicht nur den bekannten Klagegesang über die „anderen“ anstimmen.

Das hilft nicht weiter. Wir müssen selbst ein Gutteil tun, um handlungsfähig zu bleiben.

Wenn wir jetzt einen Kassensturz machen, müssen wir nüchtern feststellen, dass es wieder nicht gelungen ist, den kommunalen Haushalt zu konsolidieren. Maßnahmen, die seit Jahren hätten durchgeführt werden müssen, sind 2012 immer noch nur Beschlüsse auf dem Papier oder stecken noch in den Babyschuhen.

Das betrifft z. B. den Bereich der Immobilienbewirtschaftung, aber auch die Personalpolitik. Schon vor Jahren haben wir GRÜNE gefordert, dass

die Verwaltungsstrukturreform beschleunigt wird, dass dem Rat entsprechende Leitvorschläge und ein Umsetzungskonzept vorgelegt werden.

Unser oberstes Ziel bleibt es – wie erwähnt –, als Kommune handlungsfähig zu bleiben. Denn nur dann kann es uns gelingen, unsere GRÜNEN Ziele einer sozialen, ökologischen und lebenswerten Stadt durchzusetzen. Ohne Geld geht das nicht.

Lassen Sie mich ein Beispiel anführen: Energiesanierung bedeutet auch Investition. Erst nach erfolgter Investition können Energie- und Stromkosten gespart werden.

Deshalb brauchen wir strukturelle Änderungen, die die Stadtverwaltung effizienter und sparsamer machen – dazu komme ich gleich noch.

Wir brauchen aber auch eine Erhöhung der Einnahmen. Mit Einsparungen allein ist aber das große Ziel nicht erreichbar.

Als wir unseren Haushaltsantrag geschrieben haben, betrug der Abstand zur Fünfprozentgrenze, die für die Haushaltssicherung maßgeblich ist, nur noch 5 oder 6 Mio. Euro. Das war uns zuwenig, um darauf einen Haushaltsplan für 2013 aufzubauen. Deshalb haben wir sowohl die Erhöhung der Gewerbesteuer als auch der Grundsteuer vorgeschlagen.

Angesichts der neuen Sparvorschläge des Kämmerers sind wir froh, dass wir den Antrag zur Erhöhung der Grundsteuer, der alle BürgerInnen betroffen hätte, zurückziehen können. An der Gewerbesteuer aber müssen wir festhalten, nicht aus Prinzip, sondern weil wir handlungsfähig bleiben wollen.

Natürlich macht man sich keine Freunde oder Freundinnen, wenn man an der Steuerschraube dreht, und die IHK hat schon lauthals Szenarien an die Wand gemalt, welche katastrophalen Folgen für den Wirtschaftsstandort Dortmund zu befürchten sind. Statt solcher Schwarzmalerei würden wir

uns von der IHK wünschen, dass sie sich stattdessen für einen einheitlichen Gewerbesteuersatz in der gesamten Metropole Ruhr einsetzen würde.

Obwohl, meine Damen und Herren: So weit weg davon sind wir gar nicht: Wer sich die Zahlen anschaut, 485 Punkte, wird feststellen, dass wir damit durchaus im Schnitt der großen Ruhrgebietskommunen liegen.

Wir stehen zur Erhöhung der Gewerbesteuer, weil wir nicht in die Haushaltssicherung rutschen wollen. Und wir freuen uns, dass auch die Sozialdemokraten diese Notwendigkeit schließlich eingesehen haben.

Dortmund steht haushaltsmäßig am Abgrund, das bekommen leider auch die Bezirksvertretungen zu spüren. Aus den gebildeten Rücklagen sollen sie 3,1 Mio. Euro zur Sicherung des Haushalts beitragen. Vor Ort sorgt das für Unmut, denn gerade die BezirksvertreterInnen sind nah dran an den Problemen des Alltags, seien es marode Schultoiletten, Spielgeräte oder Ähnliches. Dass wir angesichts der desolaten Haushaltslage gezwungen sind, das konsumtive Budget der BV auf etwa die Hälfte zu reduzieren, ist ein schwerer Schritt.

Dadurch dürfen 2013 keine wichtigen Baumaßnahmen blockiert werden. Wir fordern außerdem, dass diese Summe den Bezirken im Jahr 2014 zusätzlich zur Verfügung steht. Und wir fordern die Verwaltung auf, die Maßnahmen der Bezirke endlich zeitnah umzusetzen.

Die Erhöhung der Einnahmen und Einsparungen sind jedoch nur ein Beitrag zur Sicherung des Haushalts. Viel wichtiger sind strukturelle Veränderungen. In diesem Punkt können und müssen wir der CDU Recht geben: Substanzielle Anträge der CDU und der GRÜNEN aus den früheren Jahren, sind in vielen Punkten nicht oder nur unzureichend umgesetzt worden.

Hier nur ein Beispiel: Selbstverständlich macht es Sinn zu prüfen, ob die Grünpflege im öffentlichen Raum nicht aus einer Hand erbracht werden kann. Und selbstverständlich kann hierüber nur entschieden werden, wenn klar ist, was kostet uns die Leistung im eigenen Haus gegenüber einer Leistungserbringung durch die EDG.

Hierzu gibt es aber immer noch keine belastbaren Zahlen bzw. Kosten- und Leistungsrechnungen, wie wir aus dem aktuellen Zwischenbericht des Oberbürgermeisters bzw. der Stellungnahme der EDG ersehen können.

Und das Beispiel Personalaufwendungen: Hier hat die CDU 2011 gefordert, die Personalkosten in den nächsten 5 Jahren um durchschnittlich 2% pro Jahr abzubauen.

Wir haben deutlich gemacht, dass diese Rasenmähermethode so nicht funktionieren wird. Wir brauchen als Erstes eine genaue Bestandsaufnahme der Aufgaben, die wir als Stadt leisten müssen, leisten können und leisten wollen. 45

Erst wenn klar ist, welche städtischen Aufgaben in welchem Umfang noch künftig erbracht werden sollen, können wir das Personal der Stadt dafür qualifizieren und es an der richtigen Stelle einsetzen.

Uns ist klar, dass das keine leichte Aufgabe ist. Das wird keine Begeisterung auslösen, sondern eher heftigen Widerstand hervorrufen. Trotzdem stellen wir uns dieser Aufgabe. Wir wollen endlich ein konsequentes Aufgabenkritikverfahren, ohne dass die Belastungen für die Beschäftigten weiter ansteigen.

Wir können nur hoffen, dass aufgrund der wirklich äußerst prekären Haushaltssituation endlich verstanden wird, dass es nicht so weitergehen kann wie bisher. Wer nicht will, dass ein Sparkommissar die Entscheidung trifft, wo die Axt angesetzt wird, muss den Mut haben, unliebsame Entscheidungen zu treffen.

Es darf nicht sein, dass der oberste Bürger dieser Stadt, der gleichzeitig Personaldezernent ist, beim leisesten Gegenwind umkippt und Versprechungen macht, die nicht gehalten werden können oder Personalgeschenke nach Gutsherrenart verteilt. Von daher haben wir gefordert, dass die Personalführung eine andere Person übernimmt. Eine Person, die mehr Rationalität in die Entscheidungsprozesse bringt, als ein

Personaldezernent, dem es wichtiger ist, gut in der Öffentlichkeit dazustehen, als eine vernünftige Personalpolitik zu betreiben.

Die notwendigen strukturellen Veränderungen betreffen aber auch das große Thema Infrastruktur in schrumpfenden Städten. Wir können nicht das ganze Reservoir der städtischen Immobilien vorhalten und auf einem Niveau beharren, das wir nicht mehr finanzieren können. Es kann nicht sein, dass Politik für diejenigen stattfindet, die die größte Lobby haben. Es kann nicht sein, dass rationale Entscheidungen, wie die Verringerung der Zahl der Stadtbezirke, irrational beiseite gefegt werden.

Klimawandel und Energiewende – das sind urGRÜNE Anliegen nicht nur aus ökologischen, auch aus ökonomischen Gründen. Wer den Klimawandel wirklich will, muss sich sowohl für die Förderung regenerativer Energien einsetzen als auch Energieeinsparungen forcieren.

Wir haben den Grundstein dafür gelegt, dass ein Controlling in diesem Bereich stattfindet und dass es einen zielgerichteten Einsatz von Ressourcen gibt, um die energetische Sanierung voranzutreiben.

Wir wissen auch, dass es in diesem Haushalt kaum finanziellen Spielraum gibt, um weitere, dringend erforderliche Projekte anzustoßen. Wir wissen aber, dass es möglich ist, mit kleinen Maßnahmen viel zu erreichen und dass es ein großes Einsparpotenzial gibt, wenn der Immobilienbestand systematisch reduziert wird.

Die Forderung nach einem Immobilienmanagement, dass die Gebäudenutzung auch und gerade unter dem Gesichtspunkt der energetischen Qualität bewertet, ist wahrlich nicht neu. Die aktuelle Vorlage zur Weiterentwicklung der städtischen Bürostandorte mutet daher an wie eine Episode aus dem Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“. (Der Film stammt übrigens von 1993, das ist also auch schon 20 Jahre her). Diesmal gibt es die Variante, dass trotz der desolaten Haushaltslage erst ein Neubau errichtet werden soll und dann die Altstandorte Luisenstraße und Hövelstraße aufgegeben werden sollen.

Energetisch mag das sinnvoll sein. Aber meine Damen und Herren, gibt es nicht auch preiswertere Varianten, die trotzdem energieeffizient sind?

Dennoch: Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass der träge Dampfer Immobilienwirtschaft einschließlich der Liegenschaftsverwaltung endlich Fahrt aufnimmt und zumindest in der Lage ist, die Strompreiserhöhungen, die im nächsten Jahr unweigerlich in Millionenhöhe zu Buche schlagen werden, eigenständig aufzufangen.

Wer den Klimawandel will, muss sich für eine Förderung des Radverkehrs einsetzen. Hier konnten wir die Erstellung einer repräsentativen Haushaltsbefragung zum aktuellen Modal Split als Grundlage für weitere Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs durchsetzen. Und wir arbeiten weiterhin dafür, dass der geplante Radschnellweg Ruhr durch Dortmund hindurchführt und nicht den Bogen um unsere Stadt herumschlägt, weil eine große Koalition immer noch den Autoverkehrskonzepten der Vergangenheit anhängt.

Und anders als die SPD, CDU und FDP werden wir weiterhin gegen unsinnige Straßenbauprojekte wie die Verlängerung der OW III a oder den Ausbau der Semerteichstraße kämpfen. Das ist aber kein Thema für den vorliegenden Haushalt.

Uns GRÜNE treiben aber noch andere Sorgen um: Viele Menschen in Dortmund sind von Armut bedroht. Das hat die aktuelle Studie der Böckler-Stiftung noch einmal aufgezeigt. Viele Menschen in Dortmund sind arbeitslos und das oft schon seit langer Zeit.

Dass wir uns bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht auf die Bundesregierung verlassen können, zeigen die aktuellen Zahlen der Mittel für Arbeitsförderung. Nachdem der Bund im Jahr 2012 noch ca. 46 Mio. Euro dafür bereitgestellt hat, plant das Jobcenter laut Presse vom vergangenen Dienstag nur noch mit 39 Mio. Euro. Das ist gerade mal die Hälfte der Summe aus dem Jahr 2010.

Meine Damen und Herren, diese Zahlen zeigen:

Die Bundesregierung lässt Dortmund und viele andere von Armut betroffene Städte und ihre Menschen im Stich.

Denn wie will man Armut effektiv bekämpfen, wenn die eigenen Maßnahmen ein einziges Armutszeugnis sind?

Deshalb war es uns in den Verhandlungen mit der SPD wichtig, dass das von der Verwaltung vorgeschlagene kommunale Arbeitsmarktprogramm auch in großen Teilen umgesetzt wird.

Hier konnten wir erreichen, dass unverzüglich insgesamt 2540 Maßnahmenplätze für langzeitarbeitslose Menschen eingerichtet werden. Das sind 720 mehr als von der SPD gewünscht. Im Laufe des Jahres soll dann die Einrichtung weiterer Maßnahmen geprüft werden. Das ist für uns ein konkreter Schritt der Armutsbekämpfung.

Positiv ist auch, dass das Energiesparprojekt „Stromspar-Check“ einen erhöhten städtischen Zuschuss bekommt. Damit werden sowohl Arbeitsgelegenheiten geschaffen als auch einkommensschwache Haushalte beim Energiesparen unterstützt. Ein Gewinn auch für die Energiebilanz.

Zur Schaffung weiterer Betreuungsplätze für unter dreijährige Kinder soll die Einrichtung von Großpflegestellen aktiver unterstützt werden. Es muss jungen Familien und vor allem den Frauen endlich möglich gemacht werden, Beruf und Kinder unter einen Hut zu bringen.

Auch hier erweist uns die Bundesregierung mit der Einführung des Betreuungsgeldes einen Bärendienst, weil genau dieses Geld für den schnellen Ausbau der U3-Plätze fehlt.

Und für IntegrationshelferInnen für Kinder mit Behinderung werden für die Betreuung in der OGS im nächsten Jahr erstmalig 200.000 Euro bereitgestellt.

Wir GRÜNE werden dem Haushalt 2013 zustimmen. Anders als die CDU stellen wir uns der Verantwortung, den Rat handlungsfähig zu erhalten.

Das ist kein Selbstzweck, sondern es ist uns gelungen, grüne Akzente zu setzen.

Allen Unkenrufen zum Trotz: Wir sind nicht diejenigen, die sich eine Zustimmung zum Haushalt durch Pöstchen oder Versprechen auf die Zukunft abhandeln lassen.

Im Gegenteil, für das kommende Haushaltsjahr erwarten wir:

- Mehr Transparenz durch beschleunigte Aufgabenkritik
- Die konsequente Bewirtschaftung städtischer Immobilien
- Die Energiesanierung der städtischen Immobilien
- Die Umsetzung der Themen sozialer Stadt
- und eine permanente Risikobewertung für finanziell prekäre Projekte.

Wenn das nicht gelingt und erkennbar ist, dass strukturelle Veränderungen mal wieder auf die lange Bank geschoben werden, wenn es nicht gelingt, die aufgeführten Baustellen ernsthaft in Angriff zu nehmen und für konstruktive Lösungen zu sorgen, ist die Haushaltssicherung unabwendbar.

Meine Damen und Herren, der Maya-Kalender hat den Weltuntergang für den 21. Dezember vorausgesagt. Das ist morgen.

Die Kritiker des Haushaltes sehen den Weltuntergang etwas später kommen.

Wir als GRÜNE sind der Auffassung:

Apokalyptische Voraussagen machen wenig Sinn.

Wir tun das, was heute möglich und machbar ist.

Wir erhalten mit der Verabschiedung des Haushalts heute die Handlungsfähigkeit der Stadt.

Nicht viel mehr – aber auch nicht weniger.